

## **Simon\***

### **arbeitet seit über eineinhalb Jahren als freier Dienstnehmer in einem Ministerium und war davor Verwaltungspraktikant**

Ich arbeite seit mittlerweile zweieinhalb Jahren im Bundesdienst. Zuerst als Verwaltungspraktikant und dann auf Grundlage eines freien Dienstvertrages. Dabei habe ich zeitweise als freier Dienstnehmer für zwei oberste Bundesbehörden gleichzeitig gearbeitet. Aufgrund meiner Tätigkeit kenne ich außerdem etliche freie Dienstnehmer in anderen Ministerien und Behörden.

Als Verwaltungspraktikant habe ich mit etwa 940 Euro netto als fertiger Akademiker bei 40 Wochenstunden sehr wenig verdient. Wenn ich nicht noch weiterhin im Studentenheim gewohnt hätte, wäre das für mich finanziell nicht möglich gewesen. Einschulung gab es praktisch keine. In meiner zweiten Arbeitswoche musste ich schon allein zurechtkommen und gleichzeitig einen Mitarbeiter und den Abteilungsleiter vertreten. Ich habe eine Computereinschulung von der Sekretariatskraft und einen ELAK-Kurs bekommen, das war's. Ich habe zwar weniger verdient als die Reinigungsfrauen, aber immerhin hatte ich Urlaubsanspruch und bekam Krankengeld. Nur als ich einmal meine Überstunden nehmen wollte hieß es, es sei nicht vorgesehen, dass Verwaltungspraktikanten Zeitausgleich im Ausmaß von Tagen nähmen. Es hatte aber niemand was dagegen gehabt, dass ich die Überstunden gemacht hatte. Nach einem Jahr wurde ich in einen freien Dienstvertrag übernommen, mit dem ich zwar etwas mehr verdiene, aber gleichzeitig sozial viel weniger abgesichert bin.

In meinem Ministerium arbeiten über 20 freie Dienstnehmer. Dabei kenne ich keinen, dessen Tätigkeit tatsächlich die Formalkriterien eines freien Dienstvertrages erfüllen würde. Wir müssen alle die Kernzeit einhalten und im Ministerium selbst arbeiten. Bevor ich einen freien Dienstvertrag erhalten habe, war ich Verwaltungspraktikant. An meinen Tätigkeiten hat sich aber nichts geändert. Ich komme jeden Tag in die Arbeit, habe ein Arbeitszimmer mit Türschild, einen Computer und ein Diensthandy. Sogar meinen Dienstaussweis konnte ich behalten. Als ich ihn abgeben wollte hieß es, es gäbe eigentlich Sonderausweise für freie Dienstnehmer, aber die Arbeit so einen auszustellen wolle man sich nicht antun.

Um uns freie Dienstnehmer kümmert sich in Wirklichkeit keiner. Die Personalabteilung tut so, als gäbe es uns nicht, die Gewerkschaft wird von der Partei der Ministerin dominiert und schweigt und die Vorgesetzten kennen sich oft selber nicht aus und sind froh, dass sie Mitarbeiter haben, denen sie keinen Urlaub geben müssen. Ich darf Gott sei Dank manchmal auf Teleworking gehen. Das bedeutet, ich kann im Sommer zwei Wochen von zuhause aus arbeiten. Ich kenne aber freie Dienstnehmer, die nicht einmal das dürfen. Manche haben über ein Jahr, außer am Wochenende und an Feiertagen, keinen freien Tag gehabt. Andere müssen jede Minute, die sie nicht im Büro sind, als Zeitausgleich hereinarbeiten. Dabei sieht der Vertrag eigentlich vor, dass man arbeiten kann, wo man will, aber das ist nur graue Theorie. Ich bin jeweils zum Monatsersten kündbar. Ich möchte sehen, wie das Ministerium reagiert, wenn ich plötzlich von daheim arbeite.

Mein freier Dienstvertrag ist ein einziges Lügenkonstrukt. Wenn ich vom Dienstgeber verlangen würde, dass er ihn einhält, wäre ich nächsten Monat arbeitslos. Einmal habe ich bei der Sozialversicherung angerufen um mich über etwas zu erkundigen. Der Herr am Telefon hat mich gefragt wie, wo und was ich arbeite, dann meinte er: „Das geht ja gar nicht. Das ist ja ein Scheinverhältnis.“ Laut Vertrag kann ich angeblich arbeiten wo ich will, das ist aber zum Teil gar nicht möglich, weil ich täglich den Elektronischen Akt verwenden

und regelmäßig Konferenzen besuchen muss. Ich arbeite auch mit Dokumenten, die der Geheimhaltung unterliegen. Die dürfte ich gar nicht mit nachhause nehmen.

Ich habe schon mal ein E-Mail an die Gewerkschaft geschickt, da ist dann einfach nur „die Problematik ist uns bekannt“ zurückgekommen, nicht mehr. Ein Kollege hat sich an einen Gewerkschafter gewandt, der hat danach nie wieder mit ihm geredet und ihn gemieden, wenn er ihn am Gang gesehen hat.

In vielen anderen Ministerien und Behörden ist es auch nicht besser. Am meisten hat es mich schockiert, als ich von Kollegen gehört habe, dass der Verfassungsgerichtshof selbst etliche freie Dienstnehmer in Scheinarbeitsverhältnissen beschäftigt. Auf wen soll man sich da noch verlassen können? Aber besonders im Parlament sind es sehr viele. Oft sind es Studenten, die sich was dazuverdienen, andere arbeiten aber auch regulär 40 Stunden und ersetzen normale Arbeitskräfte. Die sitzen alle im Parlamentsgebäude an Schreibtischen und müssen sich an die vorgegebenen Arbeitszeiten halten. Auch vom Bundeskanzleramt weiß ich, dass die nicht wenige Leute mit freien Dienstverträgen beschäftigen, die aber auch dort reine Makulatur sind. Am Schlimmsten ist es aber im Außenministerium. Die Leute dort werden ausgenützt, wie man es nicht für möglich halten würde. Praktikanten werden gewechselt wie anderswo die Handtücher. Manche Abteilungsleiter verwenden ihre Praktikanten und freien Dienstnehmer auch gern für private Erledigungen. Außerdem bietet das BMeiA auch noch unbezahlte Auslandspraktika an. Die können sich natürlich oft nur Diplomatenkinder leisten, die dann wieder leichter beim Außenamt eine Fixanstellung finden. Die sind aber natürlich sehr rar und nur mit Préalable zu bekommen. Ich kenne jemanden, der lange als freier Dienstnehmer beim Bund gearbeitet hat, nur um sich danach ein unbezahltes Praktikum bei einer Botschaft leisten zu können. Ich habe schon von manchen gehört, dass das Außenministerium ohne irreguläre Mitarbeiter zusperrern könnte. Als positives Beispiel fällt mir eigentlich nur das Wirtschaftsministerium ein, dort gibt es solche Sachen wie freie Dienstverträge meines Wissens nicht.

Was mich oft ärgert, ist die Selbstverständlichkeit, mit der man ausgebeutet wird. Das ist niemandem peinlich. Chefs, Personalvertretung, Mitarbeiter, alle ignorieren das Problem, als wäre es inexistent. Zum Teil bekommt man sogar zu hören, man könne glücklich sein, dass man überhaupt da sein darf. Dann gibt es so Aktionen wo alle Mitarbeiter Essensgutscheine bekommen, aber die freien Dienstnehmer nicht und die Gewerkschaft schickt noch ein Jubelmail raus, dass sie das erreicht hat.

Einmal musste ich auf Dienstreise fliegen, aber ich habe vom Ministerium nur den Flug bezahlt bekommen, die Hotelkosten und den Rest musste ich vorstrecken. Das Geld habe ich erst Monate später wiedergesehen. Eine knapp dreißigjährige Delegierte aus einem europäischen Krisenland hat mir dann erzählt, dass sie pragmatisiert ist und hat mich, als ich ihr von meinem Vertrag erzählt habe, gefragt, ob die Wirtschaftsmisere in Österreich so schlimm sei.

Man verspricht uns auch immer wieder, dass man uns auf Karenzvertretungen übernimmt, hält das aber nie ein. Man bekommt den Eindruck man wird nur hingehalten. Dann heißt es wieder, es gebe eben keine Stellen. Für politische Günstlinge werden aber immer wieder welche geschaffen, trotz „Aufnahmestopp“. Ich kenne Leute die fast fünf Jahre lang auf 40 Stunden-Basis mit einem freien Dienstvertrag für ein Ministerium gearbeitet haben. Vorrückungen und Gehaltserhöhungen gibt es dabei natürlich grundsätzlich nicht.

Ich bekomme zwar das 13. und 14. Monatsgehalt aliquot auf zwölf Monate verteilt, aber

natürlich voll versteuert. Das ist aber auch nur ein „Entgegenkommen“ meines Hauses und sicher nicht gang und gäbe. Ich habe außerdem noch das Glück, dass ich Akademiker bin. Es gibt auch Sekretärinnen, die als freie Dienstnehmer arbeiten und nur zwölf Mal etwa 1000 Euro netto für einen Vollzeitjob verdienen. Bei Krankheit bekommen wir erst ab vierten Tag kein Krankengeld, aber meistens hat man ja eine Verkühlung nicht so lang. Da sind schnell einmal über hundert Euro Verdienst weg, wenn ich mit Fieber zuhause bleibe.

Natürlich könnte man ein Anstellungsverhältnis einklagen, wenn man Kettenverträge und Scheinanstellung nachweisen kann. Aber viele hoffen, dass sie doch noch eine reguläre Stelle bekommen und fürchten sich naturgemäß davor ihren Arbeitgeber zu klagen. Ich habe aber gehört, dass es schon außergerichtliche Einigungen gegeben haben soll, weil sich Ministerien vor der schlechten Publicity fürchten. Manche Behörden achten deshalb extra darauf, den freien Dienstnehmern ja kein Türschild und keine Telefonnummer zu geben, weil sie befürchten, dass das in einem Arbeitsprozess gegen sie verwendet werden könnte. Meinem Ministerium ist das egal, ich stehe sogar im Organigramm im Internet.

Wir freien Dienstnehmer sind für das Ministerium natürlich sehr praktisch. Sie können uns als Sachaufwand abrechnen und müssen nicht mit dem Bundeskanzleramt über neue Stellen verhandeln. Gleichzeitig kann man dem Bürger so vorspielen, dass es einen Aufnahmestopp gibt und der Bund beim Personal spart. Ich frage mich aber, welche Zukunftsperspektive man verfolgt. In meinem Ministerium kann ich die Unterdreißigjährigen an beiden Händen abzählen. In meinem Stockwerk bin ich glaube ich der einzige unter vierzig. In zehn Jahren ist mehr als die Hälfte der Mitarbeiter in Pension. Woher will man dann die Leute nehmen?

\* Name von der Redaktion Geändert